

Andrea Obergöker

Rede zum „Extremismusantrag“ der CDU

Kreistagssitzung 6.9.17

Meine Damen und Herren, Herr Vorsitzender

zu Ihrem Antrag gäbe es so viel zu sagen, dass es meine 5 Minuten bei Weitem sprengen würde. Ich versuche, mich auf das Wesentlichste zu beschränken.

Natürlich haben wir Wahlkampf – und zwar gleich doppelt – da ist es nicht verwunderlich, dass auch hier im Kreistag Wahlkampf betrieben wird. Ich bin aber – und das muss ich Ihnen deutlich gleich zu Beginn sagen – zutiefst enttäuscht von dem Niveau, auf das Sie sich hier begeben.

Sie haben auch gleich den ganz großen Bogen gespannt: die Stelle zur Förderung von Vielfalt, Demokratie und Toleranz soll nicht nur für Prävention und Intervention gegen Rechtsextremismus zuständig sein, sondern in gleicher Weise auch in den Bereichen des islamistischen Extremismus und – ich glaube insbesondere das wollten Sie hier verorten – des Linksextremismus tätig werden.

Zu der aus meiner Sicht unzulässigen aber auch unsäglichen, weil populistischen Gleichmacherei demokratiefeindlicher und menschenverachtender Ideologien mit denen, die genau hiergegen kämpfen, komme ich später.

Zunächst im Speziellen:

Ihr Antrag ist schlicht überflüssig, soweit Sie meinen, eine Ausweitung der im Landkreis geleisteten Präventionsarbeit auf den Bereich islamistischer Radikalisierung fordern zu müssen.

Dieses Thema wird nämlich bereits jetzt durch die Stelle zur Förderung von Vielfalt, Demokratie und Toleranz bearbeitet, beispielsweise im Rahmen der Partnerschaft für Demokratie im Landkreis Göttingen.

So war Islamismus unter anderem ein Hauptthema der im Oktober 2016 durchgeführten 2.

Demokratiekonferenz im Landkreis Göttingen.

Die Prävention islamistischer Radikalisierung ist das Ziel vieler über die Partnerschaft für Demokratie geförderter Projekte.

Hier wäre es einfach gut gewesen, Sie hätten sich informiert, bevor sie einen solchen Antrag stellen.

Bleibt ihr Anliegen, die Stelle zur Förderung von Vielfalt, Demokratie und Toleranz solle auf Linksextremismus ausgeweitet werden.

Auch wenn ich davon ausgehe, dass Ihr Antrag ernst gemeint und nicht nur ein Wahlkampfmanöver ist, gibt es jedenfalls für den Landkreis Göttingen keinen Handlungsbedarf.

Im ganzen Kreisgebiet gibt es schlicht keine Strukturen, die dem Spektrum linker Militanz zuzurechnen sind.

Oder haben Sie im Landkreis – irgendwo – Gewalt von „linken Gruppen“ erfahren?

Ich erinnere mich allein – insbesondere in Duderstadt – an Aufmärsche des Freundeskreises, also Rechtsextremer und Faschisten.

Ich erinnere mich vor allem an Angriffe – persönliche Angriffe – von Neofaschisten gegen Kreistagsabgeordnete und auch gegen Mitarbeiter des Landkreises.

Schließlich aber wirft Ihr Antrag auch die Frage nach der fachlichen Umsetzbarkeit auf. Bei der Prävention und Intervention gegen Rechtsextremismus sind erprobte Handlungsansätze bekannt. Interventionsansätze gegen islamistische Strukturen zu finden, ist bereits deutlich schwieriger. Für den Umgang mit linker Militanz fehlen anwendbare Ansätze ganz.

Prävention im Sinne allgemeiner politischer Bildung findet in jeder Richtung bereits statt.

Prävention gegen Rechtsextremismus baut in der Regel auf dessen gesellschaftlicher Ächtung auf, sowie auf bereits vorhandene Gegenkräfte. Wesentlicher Aspekt dabei ist nämlich die fundamentale

Gegnerschaft des Rechtsextremismus gegen den Grundwert unserer Verfassung – die Universalität der Menschenwürde.

Genau deshalb gibt es diese Stelle mit dieser Ausrichtung.

Und damit sind wir auch bei dem Punkt, der mich am meisten stört an Ihrem Antrag:

die völlig undifferenzierte Benutzung eines Extremismusbegriffs, den Sie in keiner Weise definieren.

Damit betreiben Sie eine Gleichmacherei von Rechtsextremismus und linker Militanz, die so politisch und auch wissenschaftlich nicht haltbar ist.

Diese Diskussion wird auch in keinem anderen Land, außer in Deutschland und hier eigentlich nur vom Verfassungsschutz, so geführt.

Rechtsextremismus und linke Militanz unterscheiden sich erheblich in den zu Grunde liegenden Einstellungen, ihren Strukturen und ihren Aktionsformen.

Während die Ziele der Rechtsextremen - und ich denke, gemeint sind Faschisten - die Vorherrschaft einer Rasse und die Errichtung eines Führerprinzips sind, ist Antrieb der Linken die Erschaffung einer herrschaftsfreien Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung des Menschen durch den Menschen.

Hier gleich-zu-setzen und die Bewegungen, die insbesondere in Hamburg gegen den G 20 Gipfel demonstriert haben auf Aktionen autonomer oder linker Militanz zu reduzieren, halte ich nicht nur für falsch, sondern insbesondere für politisch unklug und höchst gefährlich.

Mit der verkürzten Sicht auf linke Militanz gerade anlässlich des G 20 Gipfels verstellen Sie den Blick auf die notwendige Diskussion über die Folgen und die Ausgestaltung der Globalisierung.

Immerhin 76.000 Menschen haben – meiner Meinung nach zu Recht – gegen den G 20 Gipfel demonstriert und ihren Protest gegen den nicht demokratisch legitimierten Herrschaftsanspruch von 20 Industrieländern über die ganze Welt zum Ausdruck gebracht.

Diesen Protest nicht ernst zu nehmen, pauschal zu kriminalisieren und jeglichen politischen Dialog zu verweigern ist für mich nicht nur Ausdruck einer unsäglichen Arroganz – sondern vor allem politisch unklug.

Sie verweigern nämlich den Dialog mit einer großen, gesellschaftlich relevanten Gruppe, die in ihrer Kritik ernst zu nehmen ist.

Ich fordere Sie daher auf, statt Schaufensteranträge zu stellen, in einen ernsthaften Dialog einzusteigen – Demokratie kann es sich nicht leisten, relevante Gruppen vom Diskurs auszuschließen.